

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 u. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128.

Freitag, den 4. Juni 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur Lübeckischen Bürgererschaft.

IV.

A. K. Steuerfreiheit aller Einkommen bis zu 1000 Mark und progressive Besteuerung der Einkommen über 1000 Mark — lautet die erste Forderung auf volkwirtschaftlichen Gebiete. Dieselbe zerfällt in zwei Theile. Was zunächst die Steuerfreiheit der Einkommen bis zu 1000 M. anlangt, so wird dieselbe zu unbedingten Nothwendigkeiten, wenn man die heutige Lage der arbeitenden Klassen berücksichtigt. Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß man schon Einkommen von 600 M. besteuert, Einkommen, die nicht einmal die Höhe des pro Jahr berechneten ortszähllichen Tagelohnes — vulgo: zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig — erreichen. Tausend Mark sind, wenn man die Zeitverhältnisse gerecht und vorurtheilsfrei würdigt, das Minimum dessen, was zu des Lebens Nahrung und Nothdurft unbedingt erforderlich ist. Daß ist eine Summe, von der auch kein Heller unnütz verausgabt werden darf, soll nicht am Körper, an der Gesundheit die Fehlsende wieder gespart werden. Einkommen unter tausend Mark bedingen ohne Weiteres nicht nur Opfer an den allererlebensfähigsten Bequemlichkeiten, sondern auch Verzichtleistung auf bescheidene Genüsse, die zur Stärkung und Erhaltung der Arbeitskraft und des physischen Wohlergehens unumgänglich notwendig sind. Das Geld, das von diesen Zwerg-einkommen noch als Steuerzuschuss genommen wird, müßte dem Staat auf der Seele brennen, wenn „Vater Staat“ mit so einem Instrument begabt wäre, denn in den meisten Fällen ist es mit bitteren Thränen geneigt.

Dabei sind die kleinen Einkommen in Lübeck noch gewaltig höher mit Steuern belastet, als in den beiden anderen Hansestädten, die in dieser Beziehung weit humaner vorgegangen sind.

Wir müssen auf schleunigste Durchführung dieser Maßregel um so mehr dringen, als ohnehin der an ihre interessirte Theil der Bevölkerung, die Vermissten der Armen, in Gestalt horrender indirekter Steuern dem Reichs-fiskus schwere Opfer zollen müssen.

Möge der Einzelstaat hier in etwas die Fehler gut-machen, welche die verderbliche Bismarck'sche Steuerpolitik verschuldet hat, und unter welchen das Volk seufzt und duldet!

Was den zweiten Theil betrifft, die progressive Besteuerung der Einkommen über tausend Mark, so will er das zur That machen, was unsere bürgerlichen „Volksfreunde“ so gern predigen, die Entlastung der schwächeren Schultern. Das geschieht allerdings nicht dadurch, daß man nur davon redet, um bei passender Gelegenheit, wie gewisse Reichsboten es machen, in der Praxis das Gegenteil zu thun, sondern dadurch, daß man dem Kapital einmal herzhafte zur Aber läßt. Verbluten wird es so leicht noch nicht. „Die Einkommensteuer muß sich stufenweise von unten nach oben in bestimmten Verhältnissen erhöhen. Der Steuerfuß muß mit der Größe des Einkommens wachsen. Die Leistungsfähigkeit nimmt in stärkerem Verhältniß zu als das Einkommen, da mit dem Wachsen des letzteren das sogenannte „freie“ Einkommen einen immer größeren Theil des Einkommens ausmacht.“ — Man bemüht sich heutzutage so krampfhaft in allen bürgerlichen Parteien, den Mittelstand, das kleine Handwerk zu „retten.“ Ja, hier ist einmal ein Rhodus, auf dem diese Herren tanzen können! Wer wagt das Tänzlein? Wer will mit Hand anlegen, durch eine geeignete Steuergesetzgebung den in tausend Klagen, im Wasser bis an den Hals sitzenden Mittelstand zu entlasten und dafür das nimmer-satte Großkapital, welches jenen zu Grunde richtet, entsprechend zu belasten? — Wir vertreten freilich, das sei offen gesagt, diese Forderung nicht etwa, weil wir glauben, daß dadurch dem Ruin des Mittelstandes erfolgreich vorgebeugt werden könnte. Solchen Illusionen kann sich nur hingeben, wer die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht

kennt. Aber wir vertreten sie, weil sie gerecht ist und weil sie geeignet ist, den minder Günstigten den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Nicht soll dem, der da hat, gegeben werden, und nicht soll dem, der da nicht hat, auch noch das Wenige genommen werden — ein halbwegs ausländischer Ausgleich muß und kann gefunden werden, wenn man unseren Intentionen folgt.

Wir haben nicht das Vertrauen zu den besitzenden Klassen, daß sie freiwillig und aus reinem Anstandsgefühl diesem Wink entsprechen werden. In jenen Kreisen zieht man es vor, durch ein gelegentliches Almosen der Armut sein „gutes Herz“ zu zeigen, anstatt durch durchgreifende wirtschaftliche Maßregeln dem Armen das Dasein zu erleichtern. Es ist zu weit angenehmer, einmal bei festlichem Mahle, bei Wein und Lustern, ein paar Fische springen und sich für die bewiesene Großmuth von gefälligen Dintenküts bewährlichen zu lassen, als in festen Zwischenräumen am Steuerschalter seinen erhöhten Beitrag zum Staatsbudget abzuliefern. Das Wort „noblesse oblige“ hat in jenen Kreisen leider meistens nicht die Bedeutung, daß „Adel“ zu obliegen Thaten und zu wahrhaft edlem Gebahren, vor Allem dem Bedrängten und Hülflosen gegenüber, verpflichtet, sondern wird durchweg lediglich auf die papageienhafte Innehaltung leerer Formen bezogen, welche man dem „Geistesgese“ des innerlich verblödeten, im Kaufen und Saufen seinen Adel bethätigenden Junkerthums entnommen hat.

Echter Bürgersinn offenbart sich nicht in pathetischen Reden, sondern in tüchtigen Leistungen. Und solange nicht die herrschende, besitzende Klasse durch entsprechende materielle Leistungen an die Gesamtheit beweist, daß sie werth ist, die Angelegenheit des Staates zu regeln, ist sie in unseren Augen das, was Perikles nannte: ein unnützes Glied des Staates, weil „die That sie nicht in Anspruch nimmt“, weil sie gerne einheimst, ohne entsprechend zum Wohle des Ganzen beizutragen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Aufgaben der Sozialdemokratie für den Fall, daß der Recke'sche Vereinsgesetz-Entwurf resp. die vom preussischen Abgeordnetenhaus beliebte Fassung desselben Gesetzkraft erlangen sollten, präzisirt der „Vorwärts“ treffend, wie folgt: Für jeden einzelnen in der Sozialdemokratie erwacht eine Reihe von Verpflichtungen, und zwar:

1. Es muß in dem Maße, wie das öffentliche Vereins- und Versammlungsweesen eingeschränkt und eingeschnürt wird, die eifrigste Thätigkeit in den Werkstätten und Fabriken, in der Familie und wo immer man gesellig zusammenkommt, entfaltet werden.

2. Müssen durch ununterbrochene Anmeldung neuer Versammlungen und Vereine an Stelle der aufgelösten die Polizei-Organen ermüdet und mit sich selbst in Widerspruch gebracht werden.

Die größere Ausdauer, das haben die Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz gezeigt, liegt nicht bei den Behörden, sondern bei uns.

3. Muß, je mehr das Vereins- und Versammlungsrecht beschnitten wird, desto eifriger für die Verbreitung der Parteipresse gewirkt werden.

Auch in den größten Versammlungen spricht man nur zu Tausenden, durch die Presse zu Zehntausen, ja zu Hunderttausenden und Millionen, und nicht alle paar Wochen einmal, sondern wöchentlich mehrmals.

4. Muß die Partei durch energische Betheiligung an allen Wahlen, bei denen Arbeiter ihre Stimme abgeben können, die Zahl der Volksfeinde in den öffentlichen Vertretungskörpern zu dezimiren oder ganz hinauszuerwerfen suchen. Insbesondere muß die Partei bei den nächst-jährigen Reichstagswahlen durch Aufgebot ihrer äußersten Kräfte alles daran setzen, daß Junkern und Junkerengenossen der Reichstag möglichst verschlossen bleibt. Die Agitation für diesen Zweck kann nicht früh genug und nicht umfassend genug in Angriff genommen werden.

5. Muß unsere Reichstagsfraktion Veranlassung treffen, daß genau Buch geführt wird über alle Maßregelungen und Chikanen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsweesen. Ausgestattet mit diesem Material muß sie in jeder Reichstags-Session aufs Neue den Antrag auf Erlass eines Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetzes als ersten und wichtigsten Antrag

einbringen und über die darüber entstehenden Debatten gründlich agitatorisch ausnutzen.

Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren für die Regierungen und die Anhänger des Gesetzes die all-jährlich stattfindenden Verhandlungen über die Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes und die öfter wiederkehrenden Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes die allerunangenehmsten. Das muß künftig auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsweesen wiederholt werden.

Handelt die Partei in allen ihren Gliedern in der angezeigten Richtung, so wird der jetzt wieder gegen uns geführte Schlag ebenso wie alle früheren nicht eine Quelle der Schädigung, sondern eine Quelle der Förderung unserer Bestrebungen werden.

Seine Polizeitruppe. Die „Münchener Allg. Ztg.“, das Organ der süddeutschen Regierungen, schreibt: „Vergeblich werden die extremen Konservativen nach der Verhandlung des preussischen Abgeordnetenhauses sich abmühen, andere glauben zu machen, daß den mittelparteilichen Kreisen der rechte Sinn für Staatsautorität und Monarchie mangle. Im Gegentheil, die Ablehnung der Artikel I und III der Vereinsnovelle in der Form und mit der Begründung, wie sie am Freitag erfolgt ist, hat die Staatsautorität in Preußen nicht geschwächt, sondern gestärkt. Gegen den Angriff von außen ruft man das Volk in Waffen auf; gegen den Umsturz im Innern taugt nicht die Polizei, und wer vom deutschen Heer irgendwie recht denkt, der wird es zu hoch stellen, um ihm die wenig beneidenswerthe Rolle einer Polizeitruppe zuzumuthen.“

Zu der Frage, ob die Sozialdemokratie sich an den Landtagswahlen betheiligen werde, schreibt die „Konservative Korrespondenz“:

„Es ist Thatsache, daß die sozialdemokratischen Landtagswähler, obwohl sie sich offiziell an den Landtagswahlen nicht betheiligen sollen, fast durchweg heute schon bei der Wahl erscheinen, um den Freisinn zu unterstützen. Ein offizielles Eintreten der Sozialdemokratie in die preussischen Landtagswahlen würde also für den Freisinn kaum einen besonderen Vortheil bringen.“

Das ist einfach nicht wahr, was schon daraus hervorgeht, daß sich bei den letzten Landtagswahlen nur 18,41, bei den Reichstagswahlen aber 72,7 v. H. der eingeschriebenen Wähler betheiligt haben.

Eine große bäuerliche Kundgebung gegen die Novelle zum preussischen Vereinsgesetz fand am Sonntag in dem dicht an der hessischen Grenze liegenden preussischen Dorfe Wismar (eine Stunde von Gießen) statt. Genosse Scheidemann-Gießen referirte. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt. In der Versammlung waren etwa 200 Bauern und 100 Arbeiter anwesend. Vertreten waren neun verschiedene Dörfer. Eine energisch gehaltene Protestresolution fand einstimmige Annahme. Die Resolution wird dem preussischen Abgeordnetenhaus und dem Vertreter des Kreises zugestellt. Die Kundgebung ist um so bedeutsamer, da Wismar ein Dorf ist, das sich seit her den sozialdemokratischen Bestrebungen wenig zugänglich erwies. Am Sonntag ist Dresche gelegt worden. Unser Redner wurde vielfach dringend erjucht, bald wieder zu kommen. — Es lebe die lex Recke! — so möchte man beinahe rufen.

Herr Schmoller, Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Universität und Mitglied des preussischen Staatsraths, wendet sich gegen die Zirkunft des Herrn v. Stumm und der „Rölnischen Zeitung“ und schließt: „Soll man etwa den Studenten mit Augurklächeln versichern, es geschehe kein Unrecht in der Welt, sie sei absolut vollkommen; auch in den Schwindelperioden hätten nur lauter Tugendhelden die Millionen erworben? Wie sagte doch ein preussischer Staatsminister von der Börse? sie sei ein Giftbaum. Will Herr v. Stumm ihn nicht auch als schlimmer wie Bebel und Liebknecht demuziren?“

Als die Begnadigungspraxis des „Privatsekretärs“ Pfahl im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, äußerte bekanntlich der Justizminister Schönstedt sein Mißfallen über den Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Otten, weil dieser u. a. von dem räthselhaften „Glück“ gesprochen, welches der Angeklagte Pfahl mit seinen Begnadigungsgesuchen gehabt hatte. Wie die „Hildesh. Ztg.“ jetzt mittheilt, ist laut ministerieller Verfügung Assessor Dr. Otten, welcher bereits seit vier

Zahren als besoldeter Assessor bei der Staatsanwaltschaft thätig ist, vom 1. Juni ab als unbesoldeter Assessor an das dortige Amtsgericht versetzt. Zu seinem Nachfolger ist der Assessor Schmidt ernannt, welcher sechs Monate bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt war. Bemerkenswerth ist auch, daß der pp. Pfahl wegen mehrerer in amtlicher Eigenschaft gemachten Äußerungen des Assessors Otten letzteren mit einer Privatklage überzogen, daß aber Otten einen Strafantrag, den er in amtlicher Eigenschaft gegen Pfahl wegen eines von diesem ausgehenden Zeitungsartikels beleidigenden Inhalts gestellt hatte, zurückgenommen hat. Dem Vernehmen nach hat Dr. Otten die Absicht ausgesprochen, die Beamten-Larriere aufzugeben.

Schweinefleisch und preussisches Vereinsrecht. Aus Jaborze-Poremba wird geschrieben: Wie gründlich jetzt schon, ohne lex Neke, untergeordnete Polizeiorgane mit dem bishigen preussischen Versammlungsrecht aufträumen, zeigt die Auflösung einer für den 30. Mai hier angesetzten Vereinsversammlung der Maler, Lackirer und Berufsgenossen. Die angeblich herrschende Schweinefleischsuche wurde von einem Gendarme als Auflösungsgrund angegeben! Der Beamte fügte außerdem hinzu, auf mindestens 6-8 Wochen dürste aus dem angegebenen Grunde in Poremba überhaupt keine Versammlung stattfinden. Wenn das richtig wäre, müßte man doch folgerichtig die Schulen und Kirchen schließen.

Das amtliche Resultat der Wahl vom 20. Mai im Kreise Bergheim-Guskirchen lautet: Gutsbesitzer Breuer (Zentrum) 7107, Bebel (Soz.-Dem.) 217 Stimmen. 1893 wurden für das Zentrum 14 439, für Bebel 203 Stimmen abgegeben. Hierzu bemerkt unser Abthaler Parteiorgan: Der gewaltige Stimmenrückgang läßt sich nicht, wie dies die Zentrumspreffe versucht, damit erklären, daß die Wähler der Urne um deswillen fern geblieben seien, weil der Kreis zu den absolut sichern Domänen des Zentrums gehöre. Das war er stets. Und doch wurden im Jahre 1890, als kein Kandidat einer anderen Partei dem einheitlichen Zentrumskandidaten gegenüber stand, für Letzteren 11 014 Stimmen abgegeben. Der Grund liegt tiefer. Ein Theil der bisherigen Zentrumswählerschaft und zwar der politisch denkfähige und ehrliche ist, das steht fest, mit dem Verhalten der Zentrumsparthei, ihrer Schlassenhaltung bei Abwendung von Volkssachen und Vertheidigung von Volkssfreiheiten, ihrer fast chronisch gewordenen Kompromißsucht, ihrer Scharwenzelei und Ugendienerei der Regierung gegenüber, längst unzufrieden. Die Hasen- debatte ist ebenförmig eindrucklos vorübergegangen, wie die possirliche Haltung des Herrn Bachem bei der Duelldebatte und des „blamirten Europäers“ Herrn Lieber, der die augenblicklich bezüglich des Vereinsgesetzes vorhandene Situation verschuldet. Diese Dinge sowohl wie die Auseinandersetzungen mit der in der Parteileitung einer immer größeren Einfluß erlangenden agrarischen Richtung haben heftige Kämpfe im Schooße der Zentrumsparthei entfesselt. Das Heer der Unzufriedenen in den Reihen des Zentrums, die theilnahmslos bei Seite stehen, wird täglich größer. Vom Anschluß an eine andere Partei werden sie so lange noch abgehalten, als sie nicht völlig zu der Einsicht gelangt sind, daß trotz aller gegentheiligen Behauptungen durch Priester, Zentrumsredner und Zentrumspreffe wirtschaftliche und politische Fragen in keinem Zusammenhang mit religiösen Fragen stehen, Zentrumsparthei und Religion zwei sich keineswegs deckende Begriffe sind.

Der Ausfall der Reichstagswahl im Kreise Bergheim-Guskirchen ist ein deutliches Zeichen des immer weiter schreitenden Zerfalls in der Zentrumsparthei. An dem Theil der Anhänger, der jedes selbstständigen Denkens, jeder politischen Bildung baar, nur um dem ausgegebenen Lösungsworte des auf die Zentrumsparthei eingeschworbenen Kaplans folgt und in selbstständigem Handeln eine Gefährdung des Seelenheils erblickt, wird das Zentrum noch lange eine feste Stütze finden. Die politische Unwissenheit ist es, die dem Zentrum noch für längere Zeit die Garantie bietet für eine große Majorität in seinen bisherigen Domänen. Derselbe Umstand macht die nur langsamen Fortschritte der Sozialdemokratie in diesem mit Ausnahme von Guskirchen, rein ländlichen Kreise erklärlich. Aber vorwärts geht mit der Sozialdemokratie, rückwärts mit dem Zentrum, dafür liefert die Wahl in Bergheim-Guskirchen den besten Beweis.

Der Vorstand des national-sozialen Vereins erläßt an leitender Stelle in seinem Organ, der „Zeit“, vom 1. Juni einen Aufruf: „An unsere Freunde!“, worin es heißt:

Wir müssen unseren Freunden eine betrübende Mittheilung machen. Wie uns der Vertreter des Ausschusses der Geldgeber der Zeit mittheilt, ist die Weiterführung unserer Zeitung dadurch in Frage gestellt, daß die Kosten höher sind als der Voranschlag und daß in Aussicht gestellte Geldmittel sich nicht einstellen. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Sachlage allen unseren Freunden mitzutheilen, damit sie wissen, wie es steht, und damit der Versuch gemacht werden kann, die zur gesicherten Weiterführung erforderliche Summe zu gewinnen. Mit unzureichenden Mitteln allerdings glauben wir eine Fortführung nicht unternehmen zu dürfen, weil wir damit nach den bisherigen Verlusten weitere Summen ohne wesentlichen Erfolg vorausgaben müßten.

Der Vorstand fordert zu Geldzeichnungen auf. Unterzeichnet sind auch die Herren Sohm und Gregorh, die, wie im lokalen Theile dieser Nummer zu lesen, ihre Vorstandämter in der Leipziger Sozialwissenschaftlichen Vereinigung niedergelegt haben.

Oesterreich-Ungarn.

Ein neuer „kranker Mann.“ „Jetzt, wo die Türkei gezeigt hat, daß sie nicht ganz so krank ist, als ihr nachgesagt wurde, ist ein anderer Staat gekommen, der den „kranken Mann am goldenen Horn ablösen zu wollen“ meint, nämlich Oesterreich.“ Also schreibt eins der bekanntesten englischen Wochenblätter. So ganz unrecht hats nicht. Aber wir kennen noch verschiedene andere „kranke Männer.“

Griechenland.

Die diplomatischen Verhandlungen über den Friedensschluß zwischen der Türkei und Griechenland bewegen sich im wahren Schneidentempo und sind über die Präliminarien noch immer nicht hinaus. Dem Reuterschen Bureau wird aus Konstantinopel vom 31. Mai gemeldet, daß die Pforte in ihrer Beantwortung der zweiten Mittheilung der Botschafter vom 29. Mai auf den Abschluß eines Waffenstillstandes für 15 Tage bestche, der erneuert werden könne, falls vor diesem Abschluß die Friedensverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Immerhin hege die Pforte den lebhaften Wunsch, daß der Friede in kürzester Frist abgeschlossen werde. Eine Londoner Depesche des Wiener „Fremdenblatt“ meldet, Griechenland wünsche nunmehr, daß der Friede rasch abgeschlossen werde, da ihm die thessalischen Festschlänge und die Erhaltung der Armee sehr kostspielig würden und auch die Ernte in Thessalien bedroht sei. Die Pforte ist geneigt, den Waffenstillstand auf vierzehn Tage zu verlängern. Die Botschafter wollen eine Verlängerung bis zu dem Zeitpunkte des Friedensabschlusses.

Da es keine Schwierigkeiten hat, mit einer Regierung Frieden zu schließen, deren eigene Existenz sehr wackelig ist, beilicht sich der griechische Ministerpräsident Kalli, zu bestreiten, daß eine antidyname Bewegung vorhanden sei, sowie daß König und Kabinett nicht einig seien. Dem Korrespondenten des Londoner „Standard“ zufolge telegraphirten auch die Gesandten in Athen ihren Regierungen, daß alle Gerüchte über antidyname Umtriebe unwarhaft seien.

Lübeck und Nachbargebiete.

3. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Töpfern nach Rostock, von Bäckern nach Dänemark und Schweden.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, H. M. Th. Bahrdt, F. P. F. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. S. Bangert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Nohbe, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Aus dem „Watersstädtischen“. Höchst sonderbare und von gewaltiger Hochschätzung der Wählerintelligenz zeugende Äußerungen fielen am Dienstag in der Versammlung des Watersstädtischen Vereins für das Johannis-Quartier und die Vorstadt St. Jürgen. Es hieß da, auf Wahlreden sei recht wenig zu geben, da sich heute Niemand auf eine Frage verpflichten könne, von der er noch gar nicht die Vorlage kenne. Es sei eine Phrase, wenn behauptet werde, die Kandidaten wären in der Lage, schon heute über die während der sechsjährigen Dauer ihres Mandates vorkommenden Fragen ein Urtheil abzugeben. Man liebe in der Bürgerschaft keine mit Schlagworten durchsetzte Reden. Der Watersstädtische Verein wolle keine Leute, die Reden zum Fenster hinaus halten u. s. w. mit Grazie. Das heißt also einfach, die frommen und getreuen Wähler sollen die Kasse im Sack kaufen, die Kandidaten sollen sich zu nichts verpflichten und eine Prinzipienklärung nicht abgeben. Sind sie erst gewählt, dann sollen sie thun können, was ihnen gutdünkt. Auch ein echt — nationalliberaler Drehscheibenstandpunkt. Daß selbstverständlich Niemand schon jetzt sagen kann, wie er sich zu der Anbringung irgend eines Vaterlandspahls stellen wird, sieht ja ein kleines Kind ein, aber daß man doch von einem Manne verlangen kann, daß er sage, nach diesen und jenen festen Grundsätzen werde ich nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten, kann doch kein vernünftiger Mensch bestreiten. Wo bleibt denn da die Kontrolle über die Gewählten, und wie will man Menschenhaft von ihnen fordern? Mit solchem Speck kann man wohl die Mäuse des Watersstädtischen Vereins fangen, aber keine selbstständig denkenden Männer! — Unrichtig ist es auch, daß man in der Bürgerschaft keine Schlagwörter liebt. Wir erinnern daran, daß f. Bt. die ganze Versammlung lauten Beifall kundgab, als Herr Fehling das abgedroschenste aller Schlagwörter, das Wort von den „berufsmäßigen Hebern und Agitatoren“, vom Stapel ließ. Und ein Unfug, und zwar ein recht geschmackloser, ist es, wenn von Reden gesprochen wird, die zum Fenster hinaus gehalten werden. Unter solchen Umständen verstehen die Herren von der „Ordnungspartei“ männiglich solche, in denen ihnen einmal kräftig die Wahrheit gezeigt wird, die ihnen also peinlich sind; und peinlich dürfte es ihnen allerdings sein, wenn einmal ein Rother in die Bürgerschaft geriethe und „Reden zum Fenster hinaus“ hielte. Und — Hand auf's Herz — war etwa die berühmte Schupmannsrede des Herrn Fehling nicht „zum Fenster hinaus“ gehalten? Wir sind den Herren sehr dankbar für diese treffliche Anregung.

Bedauerlich findet es die „Eisenb.-Ztg.“ daß in der Bürgerschaft noch Niemand wegen der angeblichen Thätigkeit des Wasserbaudirektors Meherer für die Handelskammer interpellirt hat. Ja, weiß denn die „E.-Z.“ nicht, daß in dieser Hinsicht die Bürgerschaft noch den Reichstag übertrumpft, der doch lediglich die Vereinigung des regierenden Fürsten nicht gestattet, während in Lübeck anscheinend schon die Kritisierung irgend eines beliebigen Beamten durch ein Bürgerchaftsmitglied als ungehörig gilt? Dann verweisen wir sie an Herrn Chr. Gory, der auf diesem Gebiete recht lehrreiche Erfahrungen machte, als er seinem bedrängten Herzen in Hypothekenbureauangelegenheiten Erleichterung verschaffen wollte.

Es hat nicht sollen sein. Am Mittwoch Nachmittag erschienen in Oldesloe 5 Herren, zwei per Stahlroß, drei per Dampfroß, welche eine absonderliche Neigung für „arbeitswillige“ Tischler, Bildhauer, Drechsler und „saubere“ Maschinenarbeiter, die zugleich Werkführer werden könnten, beklindeten. Man bot 38 bis 40 Pf. Lohn pro Stunde, allerdings bei zehnständiger Arbeitszeit, dafür aber auch eine „Lebensstellung.“ Natürlich — Austritt aus dem bitterbösen Holzarbeiter-Verband erste Pflicht, dafür aber wiederum „Schutz vor Belästigungen, und wenn zehn Mann um einen entlassen werden sollten.“ Es war zu schön gewesen, der Liebe Mühe war umsonst, kein Oldesloer Arbeiter hat sich bisher bereit gefunden, in Lübecker Möbelfabriken den „Erzajmann“ zu spielen.

Die erste Wahl zur Bürgerschaft ist in Ruffe erfolgt und hat die voranzufende Wiederwahl des bisherigen Vertreters Hans Heinrich Benn ergeben.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen: Johann Joachim Christoph Baars, Kaufmänn. Johannes Ludwig Ernst Wade, Elementarlehrer. August Matthias Heinrich Wahes, Elementarlehrer. Wilhelm Friedrich Bentfeld, Wagenmeister. Christian Ferdinand Friedrich Brandt, Kaufmann. Heinrich Friedrich Brede, Schänkwirth. Heinrich August Christian Deutschmann, Wäckermeister. August Martin Carl Dickmann, Schmiedegeselle. Carl Friedrich Wilhelm August Draeger, Schlachter. Johannes Heinrich Ehlers, Landmann. August Heinrich Wilhelm Evers, Schiffszimmermann. Anton Theodor Gehrmann, Schlosser. Heinrich Johannes Matthias Hagenström, Wäckermeister. Wilhelm Matthias August Harnack, Elementarlehrer. Hans Christian Matthias Hase, Händler. Carl Heinrich Joachim Heydt, Elementarlehrer. Johann Zochen Christoph Hing, Arbeiter. Ernst Holzwarth, Buchbindergehilfe. Johann Wilhelm Hübner, Privatier. Heinrich Friedrich August Köpcke, Arbeiter. Hans Johann Carl Koly, Schuhmacher. Carl Friedrich Heinrich Lüders, Elementarlehrer. Peter Johann Christian Wittgens, Arbeiter. Peter Joachim Heinrich Maas, Elementarlehrer. Paul Wilhelm Christian Johannes Müller, Kaufmann. Conrad Matthias Peter Müll, Kaufmann. Friedrich Theodor Carl Wilhelm Neumann, Elementarlehrer. Barthold Wilhelm Niebuhr, Höfer und Bierhändler. Conrad Ulrich Carl Nordström, Maurer und Banunternehmer. Paul Heinrich Hermann Odenburg, Architekt. Heinrich Christian Johannes Omann, Elementarlehrer. Carl Adolf Diston, Wäckermeister. Per Lisson-Stal, Arbeiter. Gustav Julius Pfefferhorn, Schmied. Rudolph Johannes Martin Postler, Elementarlehrer. Adolph Hermann Reuner, Kaufmann. Johann Heinrich Dieblich Schäfer, Arbeiter. Christian Bernhard Schröder, Kaufmänn. Christian Carl Heinrich Schröder, Elementarlehrer. Joachim Carl Ludwig Schröder, Koffertträger. Wilhelm Gottlieb Schröder, Kupferstecher. Christian Georg Conrad Sievers, Elementarlehrer. Johann Carl Friedrich Stucht, Gesindemakler. Carl Heinrich Peter Zeis, Buchhalter. Johannes Heinrich August Timm, Schaffner. Johann Friedrich Wandschneider, Arbeiter. Friedrich Eduard Wesse, Schänkwirth. Hans Heinrich Wilhelm Westphal, Barbier und Friseur. Johann Gottlieb Rudolph Wiese, Kaufmann. Dr. jur. Ludwig Ernst Friedrich Wittern, Referendar. Albert August Heinrich Gustav Theodor Woelfer, Photograph. Hans Albert Zanke, Lokomotivführer. Dieselben haben am 15. Mai 1897 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im Monat April 1897 erworben: August Matthias Heinrich Baars aus Schwartau im Fürstenthum Lübeck. Gustav Adolf Ferdinand Bengtsson aus Lübeck. Wilhelm Friedrich Bentfeld aus Adlersdorf im Fürstenthum Lübeck. Hans Heinrich Böttcher aus Grammersdorf im Fürstenthum Lübeck. Christian Ferdinand Friedrich Brandt aus Mölln, Provinz Schleswig-Holstein. Heinrich August Christian Deutschmann aus Gilstrow in Mecklenburg-Schwerin. August Gustav Dietrich aus Radslig, Provinz Posen. Paul Simon Dobus aus Zarowitz, Provinz Schlesien. Carl Friedrich Wilhelm August Draeger aus Langhabel, Provinz Pommern. Wilhelm Heinrich Franz Gauger aus Kolberg, Provinz Pommern. Anton Theodor Gehrmann aus Ebing, Provinz Westpreußen. August Wilhelm Theodor Grimm aus Warlow in Mecklenburg-Schwerin. Johann Wilhelm David Grubert aus Grünau, Provinz Schleswig-Holstein. Wilhelm Matthias August Harnack aus Ganesitz, in Mecklenburg-Schwerin. Johann Zochen Christoph Hing aus Wustlin, Provinz Schleswig-Holstein. Ernst Holzwarth aus Bregeuz in Bayern. Johann Wilhelm Hübner aus Seitendorf in Sachsen. Wilhelm August Johann Friedrich Langmann aus Vüttenklein in Mecklenburg-Schwerin. Peter Kalbach aus Deutesdorf in der Rheinprovinz. Friedrich Theodor Carl Wilhelm Neumann aus Stralendorf in Mecklenburg-Schwerin. Joachim Heinrich Friedrich Nieland aus Rogel in Mecklenburg-Schwerin. Georg Friedrich Carl Pohl aus Osdorf im Fürstenthum Waldeck. Rudolph Johannes Martin Postler aus Hamburg. Adolph Hermann Reuner aus Meibnitz, Provinz Schlesien. Otto Friedrich Neumann aus Groß-Timmendorf im Fürstenthum Lübeck. Johann Heinrich Dieblich Schäfer aus Salem, Provinz Schleswig-Holstein. Joachim Carl Ludwig Schröder aus Herznburg im Fürstenthum Magdeburg. Wilhelm Gottlieb Schröder aus Dintelshühl in Bayern. Christoph Heinrich Friedrich Stammer aus Groß-Parin im Fürstenthum Lübeck. Johann Christian Friedrich Stoffers aus Ventendorf in Mecklenburg-Schwerin. Joachim Heinrich Friedrich Wendenburg aus Lübeck. Johann Christoph Heinrich Wols aus Treuholzer Felde, Provinz Schleswig-Holstein. Johann Joachim Dieblich Wegner aus Mölln, Provinz Schleswig-Holstein. Friedrich Eduard Wesse aus Stabenow, Provinz Brandenburg. Hans Heinrich Wilhelm Westphal aus Warber, Provinz Schleswig-Holstein. Dr. jur. Ludwig Ernst Friedrich Wittern aus Westerau, Provinz Schleswig-Holstein. Albert August Heinrich Gustav Theodor Woelfer aus Hamburg. Hans Albert Zanke aus Fürstenthum Walde an der Spree, Provinz Brandenburg.

Gestohlen wurde in der Nacht auf Dienstag am Hafen von einem Segelschiff ein Quantum Tauwerk. Als Dieb ist ein vorbestrafter Steuermann ermittelt und in Haft gesteckt.

Abgeschwindelt und verkehrt hat ein Kanalarbeiter seinem Kollegen eine silberne Uhr, um dann zu verduften.

Straßentanz. Seitens des Senats ist der von dem Molkeplah über Bertramshof nach der Brandenbaumer Chaussee führenden Straße die Benennung „Waldersfeestraße“ beigelegt.

Die öffentliche Badeanstalt am Finkenberge wird bis auf Weiteres geöffnet sein: an den Werktagen Morgens von 6 Uhr bis 9 Uhr und Nachmittags von 3 bis 8 Uhr bezw. bis zum Dunkelwerden; an den Sonn- und Festtagen von 6 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags. Das Baden, für welches der Gebrauch von Badehosen vorgeschrieben ist, ist unentgeltlich. Knaben werden zum Baden daselbst nur dann zugelassen, wenn sie des Schwimmens kundig sind oder am Schwimmunterricht theilnehmen. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf Weiteres dem Schwimmlehrer Conrad Ritter übertragen.

Die öffentliche Badeanstalt unterhalb der Alexanderstraße in der Vorstadt St. Gertrud wird bis auf Weiteres geöffnet sein: an den Werktagen: von 5 bis 8 Uhr Morgens, von 11 bis 1 Uhr Mittags und von 4 Uhr Nachmittags bis Sonnenuntergang, an den Sonn- und Festtagen: von 6 bis 8 Uhr Morgens und von 11 bis 1 Uhr Mittags. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf Weiteres dem Seefahrer Johann Heinrich Friedrich Fied übertragen.

Den Offenbarungseid haben im Monat Mai 6 Personen geleistet.

In das Handelsregister ist eingetragen am 2. Juni 1897: auf Blatt 1087 bei der Firma „W. S. Harnis“: Die Firma ist erloschen; auf Blatt 1992 die Firma W. Harnis. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Bernhard Hinrich Harnis, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 1993 die Firma Otto Waake. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Otto Gustav August Waake, Kaufmann in Lübeck.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Johann Friedrich Nicolaus Grube, alleinigen Inhabers der Firma J. F. W. Grube in Lübeck ist aufgehoben.

Hamburg. Hafensinspektor und Arbeiter-Schutzgesetzgebung. In der Begründung des kürzlich bekannt gegebenen Senatsantrages, betr. Anstellung eines Hafensinspektors, heißt es, nachdem die Nothwendigkeit und Möglichkeit der Anstellung eines solchen Beamten nachgewiesen ist:

„Zu hiernach davon auszugehen, daß die Anstellung eines Hafensinspektors geboten erscheint, so kommt weiter in Frage, ob es ratsam ist, entsprechend der für die Wirklichkeit der Hafensinspektoren durch die Arbeiter-Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung gegebenen rechtlichen Grundlage, eine Reihe von Vorschriften zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter in den verschiedenen Arbeitsstätten des Hafengebietes zu erlassen. Der Senat ist der Ansicht, daß von solchen Vorschriften wenigstens zur Zeit Abstand zu nehmen ist. Einmal nämlich fehlt es auch nach den Erhebungen der Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen an einer genügenden Uebersicht über alle in Betracht kommenden technischen und kommerziellen Voraussetzungen der einzelnen Hafensarbeiten, so daß eine Formulierung geeigneter Schutzvorschriften zur Zeit kaum möglich ist; erst auf Grund der von dem Hafensinspektor in seiner amtlichen Wirksamkeit zu sammelnden Erfahrungen werden sich nach Ansicht des Senats die Grenzen feststellen lassen, innerhalb welcher sich allgemeine oder spezielle Schutzvorschriften für die Arbeiter in den verschiedenen Hafensbetrieben zu bewegen haben werden. Sodann aber wird mit den von der Senatskommission über diese Angelegenheit gehörten Auskunftspersonen zu hoffen sein, daß, wenn der Hafensinspektor der für eine solche Stellung geeignete Mann ist, und wenn er, wie zu erwarten steht, einer energischen Unterstüßung nicht nur abseits der Arbeitgeber gewiß sein kann, es ihm in vielen Fällen nicht schwer fallen wird, durch seine persönliche Autorität (?) und geeignete Vorstellungen bei den beteiligten Maßnahmen, die er nach seiner gewissenhaftesten Ueberzeugung im Interesse der Arbeiter für notwendig erachtet, zur Ausräumung und Durchführung zu bringen. Außerdem wird es jedoch notwendig sein, dem Hafensinspektor den jederzeitigen Zutritt zu allen im Hafen befindlichen Fahrzeugen und damit insbesondere auch zu den ausländischen Schiffen zu sichern, und ferner, ihn zu befugigen, dann, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebseinrichtungen eine unmittelbare Gefahr für Leben oder Gesundheit der im Betriebe Beschäftigten besteht, sofort an Ort und Stelle die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nötigenfalls die Fortsetzung der Arbeit bis zur Abstellung der gerügten Mängel zu untersagen, vorbehaltlich einer, jedoch nicht mit ausschließender Wirkung versehenen Beschwerde der Beteiligten an die ihm vorgelegte Behörde. Auch werden, abgesehen von diesem wichtigen Sperrrechte des Hafensinspektors, geeignete Strafen für eine Nichtbefolgung der von ihm getroffenen Anordnungen vorgesehen sein.“

Wir sind der Meinung, bemerkt hierzu das „Hamb. Echo“, daß es schon längst die Pflicht der Behörde gewesen ist, geeignete Arbeiterschutzbestimmungen für die Hafensbetriebe zu erlassen. Vor einigen Tagen erst haben wir nachgewiesen, daß Hamburg zu denjenigen Bundesstaaten gehört, in denen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes absolut nichts geleistet worden ist. Jetzt schiebt man die Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter wieder auf die lange Bank und will erst noch „Erfahrungen sammeln“, obgleich diese Erfahrungen in Hülle und Fülle vorhanden sind. Das ganze Hafensinspektorat wird sich als zwecklos erweisen, wenn nicht eine geeignete gesetzliche Grundlage für eine erfolgreiche Thätigkeit des Hafensinspektors vorhanden ist. Schon jetzt erleben wir es, daß im Hafen nicht einmal die in der Gewerbe-Ordnung gesetzlich festgelegten Arbeiterschutzbestimmungen beachtet werden. Wer wird da so naiv sein, zu glauben, der Hafensinspektor würde ohne solche gesetzlichen Bestimmungen, lediglich „durch seine persönliche Autorität“ und durch „geeignete Vorstellungen“ etwas erreichen. Die Herren Unternehmer im und am Hafen, die sich selbst um die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen herzlich wenig kümmern, werden auf die „persönliche Auto-

rität“ und die „geeigneten Vorstellungen“ des Hafensinspektors ganz sicher pfeifen!“

Ueber die Wahl des Hafensinspektors wird gesagt: „Die Wahl wird, wie die der Fabrikinspektoren, auf Vorschlag der vorgelegten Polizeibehörde vom Senat zu erfolgen haben, doch soll vor der Wahl auch eine gutachtliche Aeußerung der Deputation für Handel und Schifffahrt eingebracht werden. Ob ein höherer Beamter genügen wird, um die dem Hafensinspektorat zufallende, voraussichtlich sehr erhebliche Arbeitslast zu bewältigen, wird abzuwarten sein. Eventuell wird man demselben später geeignete Hilfsbeamte an die Seite zu stellen haben.“

Es soll also in ganz einseitiger Weise lediglich die Interessenvertretung des Unternehmertums gutachtlich gehört werden. Die Arbeiter um ihre Ansicht zu befragen, hält man nicht für nöthig.

Hamburg. Ueber die Explosion auf der Dynamitfabrik in Altona mel bei Geesthacht wird dem Hamb. „Echo“ von einem Arbeiter, welcher längere Jahre in der Fabrik beschäftigt war, aber glücklicherweise mit dem Leben davongekommen ist, geschrieben:

Der Leiter der Fabrik, Herr Lemberg, hat dem Berichterstatter des „Altonaer Tagebl.“ Einzelnes über die Explosion mitgetheilt, ohne auf etwaige Ursachen derselben einzugehen. Ich will das Versäumte nachholen. — In der Wasse, welche am Tage der Explosion verarbeitet wurde, befanden sich fremde Bestandtheile, als Stahl, Stednadeln u. s. w. In früheren Jahren, als diese Wasse noch mit den Händen geknetet (gemischt) wurde, konnte eine Explosion so leicht nicht erfolgen, was auch dadurch bestätigt wird, daß in diesen Werken eine Explosion in der That nie stattgefunden hat. Die fremden Bestandtheile konnten nämlich nicht in Reibung kommen, wurden auch leicht bemerkt und dann entfernt. Die erste Maschine, welche zur Knetung dieser Wasse erfunden wurde, brachte auch noch keine derartige Gefahr mit sich, weil dieselbe einen Raum von 4 bis 5 Zentimeter Weite hatte, durch welchen die Wasse hindurch befördert wurde, mithin eine Reibung mit den fremden Bestandtheilen nicht so leicht möglich war. Da diese Maschine sich aber nicht bewährte, so mußte etwas Neues erfunden werden. Und das geschah. Vortheilhafter sollte die neu erfundene Maschine ja sein, d. h. für die Gesellschaft, aber nicht für die Arbeiter. Denn da bei der Maschine die Wasse durch einen Raum von höchstens 1 Centimeter hindurchgepreßt wurde, in dieser Wasse aber fremde Bestandtheile von ungefähr 1 Centimeter Größe vorhanden waren, war eine Reibung und damit auch die Explosion unausbleiblich. Die Maschine war denn auch kaum drei Wochen im Betrieb, als die Katastrophe eintrat. Unser Gewährsmann erklärt, daß die Arbeiter sich der Gefahr schon länger bewußt waren. Des Weiteren ist auch vor der Explosion mit einer furchtbaren Hast gearbeitet worden! Die Arbeitszeit währte häufig von 5 Uhr Morgens bis 8 und 9 Uhr Abends. Und stets wurde nachgetrieben, damit mehr geschafft werden sollte! Wenn nun auch gesagt wird, daß Niemand darüber Auskunft geben kann, in welchem Raume die Explosion ihren Anfang genommen hat, so erklärt unser Gewährsmann: Wäre die Explosion in einem anderen als dem Misch- oder Ruhraum erfolgt, so wären die vier Verunglückten noch hinaus- oder mindestens noch bis in den Ausgangstunnel gekommen, ebenso wie die beiden am Leben Gebliebenen, welche in einem Raume in einer ungefährigen Entfernung von 20 Meter von dem Werke arbeiteten, in welchem die Explosion ihren Anfang nahm. In den Kreisen der Geesthachter Bevölkerung und auch unter den Leuten, welche in früheren Jahren in der Dynamitfabrik beschäftigt waren, wurde schon oft darüber gesprochen, wie lange es wohl noch dauern würde, bis die Geschichte 'mal losginge? Zu dieser Frage mußte man kommen, wenn man sich die früheren Explosionen aus den Jahren 1882, 1883, 1888, 1890 und 1893 in's Gedächtniß rief. Jetzt haben wir 6 Explosionen innerhalb 15 Jahren gehabt. Immer sind die Explosionen dann eingetreten, wenn so furchtbar intensiv gearbeitet wurde. Trotz dieser gefährlichen Arbeit versteht der jetzige Leiter der Fabrik es sehr gut, die Löhne zu kürzen. Dabei wird die Fabrik als „Musterbetrieb“ hingestellt und anderen Fabriken zur Nachahmung empfohlen.

Es wird erzählt, daß die neue Knet- und Mischmaschine sehr mangelhaft konstruirt war und deshalb zu mancherlei Unzuträglichkeiten Anlaß gab. Als die Arbeiter Beschwerde führten, soll der Direktor erwidert haben, die Sache sei nicht so schlimm.

Hamburg. Die Kersten Miles-Brücke, die in dem neuen Straßenzuge von der Neustadt nach St. Pauli den früheren Elbpark bei der Seewarte überspannt, hat seit einiger Zeit ihren Figurenschmuck vollendet. Er besteht in den Standbildern von Kersten Miles, Simon von Utrecht, Ditmar Roel und Berend Jakob Karpfanger. — Kersten Miles († 1420) war 1394 in dem Jahre der Abtretung Rizebüttels an Hamburg worthaltender Bürgermeister. Er ist als der leitende Staatsmann Hamburgs in damaliger Zeit anzusehen, und mit seinem Namen verbindet sich die für die Entwicklung von Hamburgs Handel und Schifffahrt so bedeutsame Erwerbung des Amtes Rizebüttel, dessen Besitz der Stadt eine die Elbmündung beherrschende Stellung sicherte. Nach diesem Bürgermeister Hamburgs ist die Brücke benannt. Die Figur desselben steht an der Südseite, der Elbe zugewandt. — Simon von Utrecht

(† 1437), Hamburgs gefeiertster Seeheld, ist zuerst berühmt geworden durch seine hervorragende Theilnahme an dem Kampfe gegen die den hanseischen Handel in der Nordsee schädigenden Vitalienbrüder in den Jahren 1401 und 1402, an der Besiegung von Claus Störtebeker und Gobel Michels. Später als Rathsherr und Bürgermeister veranlaßte er die endgültige Besiegung der ostfriesischen Häuptlinge und die Besetzung Emdens in den Jahren 1432 und 1433. Sein Standbild befindet sich ebenfalls auf der Südseite. — Ditmar Roel († 1563) veranlaßte die Besiegung des gefährlichen Seeräubers Claus Kniphof im Jahre 1525. Im Jahre 1527 ward er Rathsherr, 1548 Bürgermeister. Auch in diesen Stellungen hat er sich ausgezeichnet. Seine Figur findet sich auf der Nordseite der Brücke, nach dem Elbparillan zu. — Berend Jacob Karpfanger († 1683) war seit 1674 Konvoykapitän und also von Amts wegen damit betraut, die Hamburgischen Handelsschiffe vor den Korsaren zu schützen. Seine bekannteste That ist das siegreiche Treffen, das er im Jahre 1678 mit dem Konvoyschiff „Kaiser Leopold“ fünf französischen Kapern in der Elbmündung lieferte. Karpfanger hat, als am 10. Oktober 1683 in der Bai von Cadix auf dem „Wapen von Hamburg“ Feuer ausbrach, das ihm anvertraute Schiff nicht verlassen, sondern ist mit ihm untergegangen.

Wandbes. In der Disziplinar-Untersuchungssache des suspendirten Polizeichefs und Stadtraths Schow hat die königliche Staatsanwaltschaft in Altona jetzt die Akten eingefordert. Die Angelegenheit wird schon in kurzer Zeit zur Verhandlung gelangen. Die Anklage lautet auf Körperverletzung im Amte.

Hamburg. In der Handelskammer wurde unter Anderem über eine Eingabe des hiesigen Hafenarbeitervereins verhandelt, welcher die Kammer um Unterstützung bei Vereinbarung eines festen Lohntarifs ersucht hatte. Die Kammer wählte zunächst aus ihrer Mitte zur Beurtheilung der von dem genannten Verein vorgeschlagenen Tarife Vertreter der betreffenden Branchen, die sich loyaltiren und in zusammengesetzten Spezialkommissionen zunächst die Sache beraten werden.

Hamburg. Verurtheilte Ordnungsstübe. Der Redakteur Thamsen von der „Londonschen Zeitung“ wurde am Mittwoch vom Schöffengericht in London wegen öffentlicher Beleidigung des Redakteurs Jessen von „Hamb. Avis“ zu 300 Mk. Geldbusse verurtheilt. Es handelte sich um eine Korrespondenz aus Rom in der „T. Ztg.“, in welcher es bezüglich der von Jessen dem Landgericht genannten reichlich zweitausend Zeugen in dem vielgenannten Prozeß „For en Orden Skuld“ heißt: „Der Redakteur Jessen habe seine Gesinnungsgenossen direkt aufgefodert, wider besseres Wissen vor Gericht eidlich zu erklären, daß die betreffende Nebenweise absolut nicht die ihr beigelegte beleidigende Bedeutung habe.“

Aus Nah und Fern.

Der Dammbruch von Bonzey. Das Zuchtpolizeigericht Epinal (Frankreich) hat am Freitag die drei Staatsingenieure, welche für den Bruch des im Jahre 1895 gerissenen Stauweihers von Bonzey unter Anklage gestellt worden waren, freigesprochen. Bei dem Bruche dieses Reservoirs waren bekanntlich viele Menschen um's Leben gekommen. — Daß es zu keiner Verurtheilung gekommen ist, dürfte wohl dem Umstande zuzuschreiben sein, daß beim besten Willen kein Arbeiter oder sonstige untergeordnete Persönlichkeit aufzutreiben war, der man die Schuld an der schrecklichen Katastrophe aufbürden könnte.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 35. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Wiegen oder Brechen? — Der Sieg der Türken und die Sozialdemokratie. Von Ed. Bernstein. — Studien und Bemerkungen zur Entwicklungsgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Von P. v. Struve. 2. Stein, Marx und der wahre Sozialismus. (Schluß). — Umsturzgesetz und Landtagswahlen in Preußen. Von R. Kautsky. — Notizen: Internationaler Kongreß für Arbeiterschutz Zürich 1897. — Familiennot: Die Brillanten des Kardinals. Erzählung von Mina Kautsky. (Fortsetzung.)

Darstellung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:
Geburtsstiftung des Gesangsvereins „Linde“, Moisling 1,36 Mk.
Weitere Gelder nimmt gern entgegen
Die Expedition, Johannisstraße 50.

Sternschanz-Biehmarkt.

Der Schweinehandel verlief gut. Hamburg, 2. Jani.
Angeführt wurden 380 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Berandtschweine schwere 46—48 Mk., leichte 48—49 Mk., Sauen 36—42 Mk. und Ferkel 46—49 Mk. pr. 100 Stk.

Eröffnung unserer Schuhwaaren-Niederlage

in Lübeck, Breitestraße 37.

Die mit den allerneuesten Maschinen ausgerüstete Schuhfabrik mit Dampftrieb von
Jetzloff & Cie. in Strausberg bei Berlin
 eröffnete am hiesigen Tage **Breitestrasse 37** am **Sonnabend, den 29. ds. Mts.,**
eine Niederlage ihrer Schuhwaaren

und verkauft dieselben nur direct an das Publikum zu festabgestempelten Preisen.

Die Preise sind auf jeder Sohle in deutlichen Zahlen vermerkt und ist eine Uebervorteilung gänzlich ausgeschlossen.

Unser Fabrikat ist solide und aus nur gutem Material hergestellt. Die Preise sind sehr niedrig!
Herren-Zugstiefel schon von Mk. **3,60** an. — **Damen-Zugstiefel** schon von Mk. **2,60** an.

Wir rechnen auf großen Umsatz bei einem sehr kleinen Nutzen und bitten um Besichtigung unseres großen Lagers.

Wir haben unseren Vertreter streng angewiesen, das verehrliche Publikum auf das Aufmerksamste zu bedienen.

Hochachtungsvoll **Jetzloff & Cie.,**
 mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb in Strausberg bei Berlin.

Hauptniederlage: Lübeck, Breitestrasse 37.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegnüber durchaus keine Verantwortung.

Logis parterre nach vorne, mit oder ohne Verköstigung Nr. 39.

Zu vermieten eine kleine Wohnung. Schöss, Durgathor, Lorneiweg.

Gesucht Logis für 1 jungen Mann mit oder ohne Verköstigung in der Nähe der St. Jürgen-Dampfmühle.

Gesucht Haushälterin in den 30er Jahren für kleinen Haushalt, 2 Kinder, wo die Frau fehlt. Offerten unter J G 99 an die Exped. d. Bl.

Billig zu verkaufen ein Kinderwagen Näheres Bahnh. 46/12.

Billig zu verkaufen ein Sopha, Tisch und Kinderbettstelle Reierstr. 24.

Empfehle

den Arbeitern mein großes Lager von neuen und getragenen Kleidungsstücken und Fußzeug billiger wie jede Konkurrenz.

38 Marlesgrube 38.

Grosse Auction!

am Freitag den 4. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend in der Hundestr. 41

über: Mobilien, Waaren aller Art, 2 Kleiderschränke, mehrere Bettstellen mit Sprungfeder- und auch mit Seegras-Matratzen, Tische, eine Drehmangel, ein Bettkissen, ein großer Pfeilerpiegel mit Marmorplatte und Consol, eine große Kaffeemühle mit Schwungrad, ca. 20 Mille ff. Cigarren in verschiedenen Marken, Herren- und Jünglings-Anzüge, Zinseimer, neue und wenig gebrauchte Betten, Schürzenzeuge, Korbwaaren, eine goldene Damenuhr, Buchschränke, Bettlaken, Bettbezüge, Schlafdecken, Bilder, getragene Kleidungsstücke, Sportkleider, Handtuchdreher, Herren-, Knaben- und Damenstiefel, Tapeten, Borden und vieles nicht Genannte mehr.

Weitere Zuwendungen werden Hundestr. 8 oder Hundestr. 41 erbeten.

Das Auktionslokal ist von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr geöffnet. Bitte die Hausnummer nicht zu verwechseln.

J. C. B. Schmehl, Auktionator und Taxator.

NB. Jeden Tag freihändiger Verkauf von Herren-, Knaben- und Jünglings-Anzügen.

Großer Ausverkauf

des reich assortierten Waarenlagers, bestehend aus 4000 verschiedenen Artikeln. Es sollen wegen Veränderung des Geschäfts zu Spottpreisen abgegeben werden:

Kochapparate, Ampeln, Hänge-, Tisch- und Küchenlampen, Kinderwagen, Messer und Gabeln, Sch- und Theelöffel, Glas- und Porzellanwaaren.

Ferner mache noch ganz besonders auf Herren- und Knaben-Stroh Hüte aufmerksam, selbige sollen zu halben Preisen abgegeben werden. Es kommen nur prima Waaren zum Verkauf.

Kupferschmiedestraße 11.

Die Buchdruckerei

von

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 50

empfiehlt sich zur

Anfertigung von Drucksachen

aller Art

in sauberster Ausführung.

Glückwunsch-Karten

in reicher Auswahl

speziell zu Geburtstagen, Verlobungen, Hochzeiten u. silbernen Hochzeiten.

Feine Ausstattung in den verschiedensten Preislagen

empfiehlt

die Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50.

Einerbier

Sonnabend Abend den 5. Juni bei H. Nickels, Waghstraße 31.

Die Schweinefleischerei

von **W. Strohsfeldt**

73 Glockengießerstraße 73

empfiehlt:

Frische Hühner, Pfd. 50 Pf.	
Schweinefleisch . . .	Pfd. 50 Pf.
Carbonade	Pfd. 60 Pf.
Quetschfleisch	Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz	Pfd. 60 Pf.
Graten-Schmalz	Pfd. 30 Pf.
Soyf und Sein	Pfd. 20 Pf.
Geräucherter Speck . . .	Pfd. 60 Pf.
Gehackte Mettwurst . . .	Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst . . .	Pfd. 70 Pf.

Das Special-Möbel-Geschäft

von **F. A. Hartmann,**

1 Marlesgrube 1

bringt sein Lager in einzelnen Möbeln, sowie einfachen Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen bei billigsten Preisen in empfehlende Erinnerung.

Kinderwagen v. Mk. 7,50 an

J. Freelandt, Pfaffenstr. 1

Kinderwagen

neu eingetroffen, großartige Auswahl von 7 Mark an bei

A. Grell, Braunnstraße.

Luftfahrten

an beiden Pfingsttagen

per Dampfschiff „Pollux“

nach Travemünde und in See. Ab Lübeck

8 Uhr Vorm. und 2 Uhr Nachm.

Näheres Sonnabends-Nummer.

C. H. Petersen.

Prozeß v. Tausch = v. Lüchow.

Berlin, 28. Mai 1897.

(Fortsetzung.)

Vierter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung um 9 1/4 Uhr mit dem Aufruf der Zeugen und einigen Bemerkungen über die Geschäftslage. Der Vorsitzende hofft, mit der Zeugenvernehmung heute Vormittag zu Ende zu kommen. Einige Zeugen, die durch die Selbstbeachtigungen für überflüssig gehalten werden, werden entlassen.

N. A. Holz beklagt sich, daß im „Volksanzeiger“ es so dargestellt werde, als sei Lüchow schon der Majestätsbeleidigung überführt. Oberstaatsanwalt Dreßler giebt dem Verteidiger in seinen Klagen Recht und appelliert an den Zustand der betreffenden Berichterstattung. In der entgegengekehrten Richtung habe der „Vorwärts“ dem N. A. Sello lediglich Demunziationsnacht vor,erworfen. Auch der Vorsitzende appelliert an das Taktgefühl der Presse und hofft, daß die Geschworenen sich durch solche Kundgebungen nicht beeinflussen lassen.

Die Verhandlung setzt bei der Erörterung der Beziehungen des Angekl. Tausch zum Vorkämpfer Grafen Eulenburg ein. Tausch erzählt, im Jahre 1894 habe ihm Graf Eulenburg gesagt, wenn er etwas Interessantes erführe, solle er es ihm mittheilen. Als der erste Artikel in der „Welt am Montag“ erschienen war, habe er an den Grafen Eulenburg einen Brief geschrieben, in welchem er ihm Mittheilungen über die Provenienz des Artikels in Aussicht gestellt habe. Vors.: Wie ist es unverständlich, wie Sie einem Mann, zu dem Sie in dankbarer Verehrung aufblickten, einen Artikel schicken konnten, in welchem dem eigenen Vetter des Adressaten eine Schändlichkeit vorgeworfen wird. Es wird nur verständlich durch den Zusatz, Sie wollen ihm etwas über die Provenienz des Artikels mittheilen. Nun haben Sie aber eidlisch ausgesagt, Sie haben sofort das Gefühl gehabt, daß es eine Lüge sei, wenn Lüchow und Ledert behaupteten, Febr. v. Marschall stecke dahinter. Angekl. v. Tausch: Ich war überzeugt, daß Herr v. Marschall nicht dahinter steckte, ebenso war ich überzeugt, und bin es heute noch, daß Ledert Hintermänner hatte. Deshalb habe ich auch stets auf ein Zeugnißzwangsverfahren gegen Ledert gedrungen. Vors.: Ihre Angaben stehen mit dem gesunden Menschenverstand in Widerspruch, es klingt viel plausibler, wenn man die Angaben des Lüchow Ihrer Handlungsweise zu Grunde legt. Angekl. v. Tausch: Ich sah in dem Artikel eine Intrigue gegen die Eulenburgs. Ich glaubte nicht, daß Freiherr von Marschall dahinter steckte, aber an eine Intrigue glaubte ich und das mußte doch den Vorkämpfer interessieren. Vors.: Was geht Sie denn eine Intrigue an? Warten Sie doch, bis Sie selbst zur Aufdeckung der Intrigue aufgefordert werden. Als Kriminalkommissar dürfen Sie doch nicht selber Intriguen einfädeln. Haben Sie Lüchow

gesagt, er solle den Ledert ausquetschen und ihn veranlassen, einen zweiten Artikel zu schreiben? Angekl. Tausch: Nein, ich habe nur gesagt, er solle herauszubekommen suchen, wer hinter Ledert stecke. Ich habe auch der Behörde gerathen, ein Zeugnißzwangsverfahren gegen Ledert einzuleiten. Oberstaatsanwalt: Wissen Sie denn als Kriminalkommissar nicht, daß ein Zeugnißzwangsverfahren gegen einen Angeklagten unstatthaft ist? Tausch: Jawohl, aber ich sagte, man solle Ledert laufen lassen und die Hintermänner fassen, das wäre viel besser. Ich habe auch zum Geheim-Rath Mühl gesagt, wir werden uns wieder das Mißtrauen des Auswärtigen Amtes zuziehen, weil wieder ein Agent von uns in die Sache verwickelt ist. Ich hätte ja wahnsinnig sein müssen, wenn ich den Lüchow noch zu einem zweiten Artikel veranlaßt hätte. Vors.: Sie sollen nun, wie Lüchow sagt, als Sie ihn verhaften wollten, sehr in Angst gewesen sein. Tausch: Von Angst war keine Rede, aber ärgerlich war ich mit Recht, weil uns ein Agent eine solche Suppe eingebracht hatte. Vors.: Nun, Sie waren doch bei dem Journalisten Limann und waren dort auch ängstlich? Tausch: Das war schon kurz vor dem Prozesse, als gegen mich schon in der ganzen Presse wie auf Kommando ein Reststreifen eröffnet war. In der „Frankfurter Zeitung“ stand schon, ich hätte den Minister Köller durch meine Intriguen gestürzt. Vors.: Sie haben Herrn Limann gesagt, in der Verhandlung würden Beschuldigungen gegen Sie erhoben werden, er solle Sie doch in Schutz nehmen. Sie sollen ihn um diesen Schutz inständigst gebeten haben. Angekl. v. Tausch: Ich wurde in der ganzen Presse angegriffen und bat ihn um seine Hilfe. Vors.: Sie haben Herrn Limann auch von der Differenz mit Herrn Levysohn erzählt. Levysohn hatte im „Tageblatt“ mitgetheilt, daß Ledert im Auswärtigen Amt empfangen worden ist und im Auswärtigen Amt gesagt, er hätte die Nachricht von Ihnen. Sie haben Herrn Limann gegenüber bestritten, daß Sie dies dem Herrn Levysohn gesagt haben. Was ging das Herrn Limann an? Tausch: Ich wollte ihm zeigen, wie gegen mich vorgegangen wird. Vors.: Wenn Sie nun behaupten, Sie hätten dem Levysohn nicht gesagt, Ledert werde im Auswärtigen Amt empfangen und gleichzeitig voraussetzen, Levysohn werde das eidlisch erhärten, so trauen Sie ja von vornherein Herrn Levysohn einen Meineid zu. Angekl. v. Tausch: Ich glaube auch heute noch nicht, daß Levysohn wesentlich einen Meineid geleistet hat. Er hat geglaubt, daß ich das gesagt habe und in gutem Glauben gehandelt. Daß ich es nicht gesagt habe, habe ich schon am nächsten Tage, als der Artikel im „Berliner Tageblatt“ erschienen war, Herrn Geh. Rath Mühl gegenüber behauptet. Vors.: Sie haben das zu Herrn Mühl gesagt, der Artikel war ihnen sehr unangenehm? v. Tausch: Gewiß war mir der Artikel unangenehm. Vors.: Warum sind Sie nun nicht auf das einfachste Auskunftsmittel verfallen, sind nicht zu Levysohn gegangen und haben ihm gesagt, daß er Ihr Gespräch nicht richtig wiedergegeben hat? Angekl. v. Tausch: Das durfte

ich nicht, das war Sache der Behörde. Vors.: Sie haben doch die Geschichte von Ledert dem Levysohn nicht dienlich erzählt, es war doch Ihre reine Privatsache. Es ist auffallend, daß Sie nichts gethan haben, um die Nachricht, daß Ledert im Auswärtigen Amt gewesen, zu berichtigen. Sie sind nun auch bei dem Schriftsteller Harden in völlig gehrohenem Zustande gewesen und haben ihm auch die Levysohn-Affäre erwähnt. Tausch: Gebrochen war ich, weil ich von Lüchow beschuldigt worden war, an der Quittungsfälschung theilhaftig zu sein. Die Verhaftung wegen Meineids, die ich schon fühlte und vorausah, fürchtete ich nicht. Vors.: Ich habe die ganze Sache hier nur angeführt, um zu zeigen, daß Sie Levysohn fortwährend beschäftigte und in Angst versetzte. Tausch: Ich hätte ja doch Alles zurücknehmen können, bevor ich verhaftet wurde. Der Stenograph Bürß hat mich noch gewarnt und mir gerathen, die Aussagen etwas einzuschränken. Ich habe es nicht gethan, weil ich einen Meineid geleistet hätte, wenn ich anders ausgesagt hätte, als ich gesagt habe. Vors.: Eine weitere Unwahrheit in Ihrer eidlischen Aussage wird darin gefunden, daß Sie gesagt haben, Sie wissen nicht, daß Hauptmann König Verfasser des Artikels der „Kölnischen Zeitung“ „Das Schicksal der Militärstrafprozeßnovelle“ gewesen ist. Tausch: Mir hat Hingold-Stark gesagt, der Verfasser sei Herr von Huhn und das habe ich berichtet.

Angekl. v. Lüchow erklärt, Tausch habe ihm schon im Sommer einmal den Hauptmann König als Verfasser genannt. In der Unterredung vor seiner zweiten Vernehmung habe Tausch ihm gesagt, er solle bei seiner Vernehmung gelegentlich sagen, König werde vom Sohne des Reichskanzlers empfangen. Ich habe diese Äußerung schon zwei Tage vor der Hauptverhandlung meinem Verteidiger erzählt. Angekl. v. Tausch: Was für einen Grund sollte ich gehabt haben, meiner Behörde eine falsche Auskunft zu geben, wenn ich die richtige hätte geben können. Angekl. v. Lüchow: Welchen Grund? Nun, es ist ja stadtbekannt, daß Herr von Huhn ständig im Auswärtigen Amt empfangen wird. Tausch wollte, als er diesen Namen nannte, den Verdacht auf das Auswärtige Amt lenken. Giebt die Sache gut, so war sein Zweck erreicht. Giebt sie schlecht, so hatte er in Hingold-Stark einen Prügelknaben. Vors.: Sie hören, meine Herren Geschworenen, wie der Angekl. v. Lüchow die Sache auslegt, ich möchte ein Urtheil über die Auslegung nicht äußern. Angekl. v. Lüchow: Ich habe diese Erfahrung mit Tausch öfters gemacht, daß er, obwohl er den richtigen Verfasser wußte, einen unrichtigen nannte. Ich selbst bin von ihm oft als Prügelknabe benützt worden. N. A. Lubczynski: Ist dem Angekl. von Tausch nicht bekannt, daß der Abgeordnete Richter in seiner „Freis. Ztg.“ Herrn König als Verfasser des Artikels in der „Köln. Ztg.“ genannt hat und diese Nachricht durch die ganze Presse gegangen ist? Angekl. v. Tausch: Ich bestreite, davon Kenntniß gehabt zu haben. N. A. Sello weist darauf hin, daß selbst der Redakteur der „Köln. Ztg.“, Herr von Huhn, erst in der Verhandlung gegen Ledert erfahren hat, daß König der Ver-

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(80. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Professor nickte. „Diese unsere Kenntnisse beschränken sich aber bisher nur auf die Gährungspilze, es giebt aber auch — Blutpilze. Nun, die Entwicklung dieser Blutpilze kennen wir nicht, und doch ist es fast gewiß, daß eine große Anzahl von Krankheiten der Menschen durch dieselben erzeugt werden. Aber wie kommt der Pilz in den Körper hinein? Wo existirt er außerhalb des menschlichen Körpers? Diese Fragen sind von der höchsten Bedeutung, sie können nur durch lange fortgesetzte Experimentationen mit künstlich erzeugten Pilzen beantwortet werden, und sie werden erst ihre vollständige Lösung finden, wenn es gelungen sein wird, sie in das Blut des Menschen zu übertragen und diese damit krank zu machen.“

Der Professor machte eine Pause, aber seine Augen wandten sich nicht ab von dem Gesichte des jungen Mannes, dessen Erblaffen selbst unter dem röhlichen Schein der Flamme sichtbar ward. „Ich verstehe,“ sagte Stefan, indeß seine Lippen sich nur mühsam bewegten; „mir ist nun alles klar. Sie wollen Versuche anstellen.“

„Ja.“

„Sie wollen sie an mir anstellen?“

„Ja. Ich will Ihren Organismus zu einigen hochwichtigen Experimenten benutzen.“

Stefan biß die Lippen fest zusammen, indeß in seinen Augen die jähe Flamme der Empörung aufstieg.

Der andere fuhr mit ruhigem Ernste fort: „Ich theile Ihnen hier ohne Rückhalt meine Absichten mit, junger Freund, ich hege sie seit langem.“

„O, ich Thor,“ rief Stefan jetzt in überquellender Bitterkeit, „daß ich auch etwas mich Ehrendes erwarten konnte! Und ich bin Ihnen also ein zweibeiniges Kaninchen, nicht mehr und nicht weniger, und Sie verlangen von mir, daß ich mit derselben blöden Stumpf-

heit an mir herumexperimentiren lasse, bis ich der Qual erlegen.“

„Ich verlange garnichts,“ erwiderte Schwarz kalt und trocken. „Ich mache Sie mit den Bedingungen bekannt, unter welchen ich Ihre leibliche Versorgung auf Jahre hinaus übernehmen würde, Sie können sie annehmen, Sie können sie ablehnen, es steht in Ihrem Belieben.“

Stefan biß sich auf die Lippen. In seinem Belieben! O, der Vampyr wußte es wohl, daß er ihm sein Herzblut geben werde, um sich die Möglichkeit, die einzige kleine Möglichkeit zu erhalten, seine Studien zu vollenden. Aber, was konnte ihm das nützen, wenn er damit seine Gesundheit dahingegeben? Aber war diese weniger bedroht, wenn er dem Mangel die Thür öffnete, wenn er all' den Kummer über sich hereinbrechen ließ? Und würde, wenn er jetzt feige zurückträte, ihn nicht der Vorwurf verfolgen, Du hättest Dein Ziel erringen können und hast es nicht gewollt? Und dieses so ängstlich erhaltene Leben, es würde ihn elend machen, und er würde tausendmal lieber wünschen, über dem Experiment zu Grunde gegangen zu sein. Wie ein Blitz flog ihm das durch das Gemüth, und zugleich stand es fest in ihm, den Vorschlag anzunehmen.

„Wohlan, ich willige in Ihre Bedingungen,“ rief er entschlossen. „Es bleibt mir keine Wahl! nehmen Sie mich, Herr Professor, ich verkaufe mich Ihnen als Versuchsthier.“

Schwarz machte eine Geberde des Unwillens. Das Wort schien ihn zu verletzen. „Ich sehe, Sie zählen nicht zu den begeisterten Jüngern, die für ihre Wissenschaft alles wagen, allem trotzen, um eine Hypothese zur Wahrheit zu erheben, — ich hatte solche Jünger!“ Er machte eine Pause und fuhr dann in einem noch trockeneren Tone fort: „Uebrigens bitte ich Sie, meinen Vorschlag nicht für gefährlich zu halten. Unserer erster Versuch ist vielleicht etwas gewagt, aber sein Gelingen ist mehr als zweifelhaft. Wir werden höchst wahrscheinlich monatelang herumexperimentiren, ohne einen Erfolg zu erzielen, wir werden vielleicht niemals zu einem solchen gelangen; sollte es mir aber dennoch glücken, zu einem

Resultate zu kommen, die winzigen Pilze in Ihren Körper hineinzubringen, und erkranken Sie dann wirklich, dann wird es meine höchste Aufgabe sein, Sie so schnell wie möglich wieder gesund zu machen.“

„Ich danke Ihnen.“

„Ich werde Sie überdies mit jeder meiner Operationen im vorhinein bekannt machen, und Sie können, sobald sie Ihnen nicht behagt, zurücktreten.“

„Mit was werden Sie beginnen, Herr Professor?“

„Ich werde mich vorberhand auf die Erzeugung des Wechselfiebers beschränken.“

„Das ist also ein leichter Anfang, — und dann später?“

„Wenn sich meine Voraussetzungen bewahrheiten, so möchte ich wohl einen schwachen Anfall von Rückfalltyphus hervorzubringen suchen.“

Stefan zuckte zusammen.

„Das ist ebenfalls nicht gefährlich,“ fuhr Schwarz leisen Tones und mit unerschütterlichem Gleichmuth fort, es ist erwiesen, daß diese Pilze bei einer hochgradigen Temperatur absterben. Wir werden also das Fieber künstlich steigern, und nachdem Ihre Körperwärme über vierzig Grad gestiegen ist, werden Sie von den mikroscopischen Krankheitskeimen befreit sein. Der Fall stellt sich also folgendermaßen dar: Sie haben immer einige Krankheitstage für den Fall des Gelingens, für den Fall des Nichtgelingens, der bei den meisten unserer Experimente weit eher anzunehmen ist, haben Sie sich eine angenehme sorgenfreie Existenz geschaffen. Sie werden Ihre Examina machen und Ihre wissenschaftliche Ausbildung vollenden, für welche Ihnen noch überdies die an sich gemachten Experimente zugute kommen. Jetzt wissen Sie Alles, schlagen Sie ein.“

Stefan reichte ihm die Hand — der Pakt war geschlossen.

Der Apparat nahm von jetzt an die Aufmerksamkeit des Professors wieder vollständig in Anspruch. Die beiden traten an ihn heran und vollendeten ihr Experiment, dann trennten sie sich mit einem kurzen Gruß.

Die nächsten Tage ward Stefan in keiner Weise be-

An

Herrn Franz Marzillier, Berlin, Schönhauser Allee 70 a.

Auf ihre Anfrage vom 13. d. M. wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß Unteroffizier Hungs von der 4. Kompagnie des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm I. wegen Mißhandlung, Verleibung und vorschriftswidriger Behandlung Ihres verstorbenen Bruders unter Degradation zum Gemeinen mit sechs Monaten Gefängnis bestraft ist.

Königliches Gericht der 2. Division.

v. Langenbeck,

General-Lieutenant und Divisions-Kommandeur, Riese, Divisions-Auditeur.

Das Fazit einer Kirmess. Ueber den Verlauf der letzten Steeler Kirmess berichtete die „Steeler Bzg.“ Folgendes: Zur Anzeige wurden gebracht: versuchter Todtschlag 3 Fälle, Widerstand gegen die Staatsgewalt 1 Fall, Körperverletzung 2 Fälle, Bedrohung 1 Fall, Veranschlagung falschen Geldes 1 Fall, gewerbsmäßige Anzucht 2 Fälle, Werbekontravention 5 Fälle, Diebstähle 12 Fälle, Uebertretungen 6 Fälle. In allen Fällen wurden die Thäter ermittelt, mit Ausnahme von 12 Diebstählen. Strafmandate wurden für 133 M. ausgestellt. An Lustbarkeitsneuern kamen 1319,50 Mark ein.

Bayreuth. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts fand am 29. Mai die Verhandlung gegen Gottfried Wland, dem vormaligen Kassierer des Vorschußvereins Bayreuth, statt. Wland ist beschuldigt, in der Zeit von 1886 bis 1896 als Beamter des genannten Vereins, gemeinschaftlich mit seinem am 25. September verstorbenen Bruder Johann Nikolaus Wland, fortgesetzt eine Reihe von Wechsel- und anderen Urkundensäuschungen und Unterschlagungen in Höhe von 713 000 Mark begangen zu haben. Dadurch wurde der allgemeine Kredit der Stadt Bayreuth nicht nur geschädigt, sondern eine Reihe von Gewerbetreibenden wurden wirtschaftlich ruiniert. Der Angeklagte gab zu, 136 Wechsel im Betrage von 41 000 Mark gefälscht und 10 000 Mark unterschlagen zu haben. Die Hauptschuld schiebt der Angeklagte auf seinen Bruder und auf die ungläubliche Vertrauensseligkeit der Vorstandschaft und der Aufsichtsräthe. Der Angeklagte wurde wegen eines fortgesetzten Verbrechens der Privaturlaubensfälschung, in rechtlichem Zusammenhang mit einem fortgesetzten Vergehen der Unterschlagung zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Japanisches Bier. Der Wettbewerb des japanischen Bieres in Asien wird immer schärfer, da die Bereitung von Bier in Japan sowohl für den Verbrauch im Inlande wie für die Ausfuhr nach allen Richtungen in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen ist. Das zeigt am besten die jetzt bedeutendste Bierbrauerei in Tokio, die der „Nihon-Baluscha-Brauwaischa“ (Japanischen Biergesellschaft) gehört. Noch vor fünf bis sechs Jahren stand diese Gesellschaft, die das Geschäft zu großartig begonnen hatte, fast vor dem Bankrott, aber schon im Jahre 1895 verkaufte sie das dreifache (7515 Koku oder rund 13 600 Hektoliter) der Menge von 1892, weshalb ihre alten Aktien von 40 Yen auf 80 Yen und ihre neuen Aktien von 12 1/2 Yen auf 34 Yen in die Höhe gegangen sind. Und ähnlich steht es mit vielen anderen Brauereien, die dem deutschen Bier nach Englisch-Indien, Holländisch-Indien, China, Japan, Philippinen und anderen Gebieten ist von 1891 bis 1895 von 96 100 Hektoliter auf 80 950 Hektoliter zurückgegangen, während die Bierausfuhr aus Japan von 1891 bis 1895 in Werthe von 11 323 auf 12 711 Yen gestiegen ist.

fasser des Artikels in der „Abn. Zeitung“ gewesen ist. Oberstaatsanwalt Dreßler kommt auf eine Aeußerung des Angeklagten von Tausch zurück und erklärt, Staatssekretär v. Marshall habe niemals an ihn das Anstimmengestellt, den Angeklagten v. Tausch zu verhaften.

Der Vorsitzende erklärt hierauf die Vernehmung der Angeklagten für beendet und läßt die Mittagspause eintreten.

Nach der Pause tritt der Vorsitzende in die Beweisaufnahme ein. Erster Zeuge ist Polizeirath Groeben. Vors.: Die Anklage wirft dem Angeklagten von Tausch vor, daß er aus persönlicher Eitelkeit und Selbstsucht seine Verdienste selbst auf Kosten seiner Kollegen herauszustreichen gesucht habe. Ist Ihnen davon etwas bekannt? Zeuge: Nein, das kann ich nicht sagen. Ich hatte mit ihm in Landesverhältnissen zu thun. Er ist mir aber immer gleich freundlich entgegengetreten, obwohl ich als jüngerer Kommissar in's Dezeranat berufen wurde und Aussicht hatte, Polizeirath zu werden. Auch er hat mir nach dem Tode des Polizeiraths von Mauderode mehrfach erklärt, es liege ihm gar nichts daran, diese Stelle zu bekommen. Er sehne sich nach Pensionierung, denn er sei jetzt schon so sehr nervös. Sein Traum sei ein kleines Häuschen gewesen, in dem er zurückgezogen leben wollte. Oberstaatsanwalt: Wenn nun aber thatsächlich nachgewiesen ist, daß Tausch seinen Agenten den Auftrag gegeben hat, seine Verdienste herauszustreichen? Zeuge: Dann hätte er mich belogen. Vors.: Es handelt sich nicht um den Fall Mauderode, sondern um einen anderen Fall. Sie meinen also, es ist Ihnen nichts nach dieser Richtung hin aufgefallen. Zeuge: Ich möchte auch noch sagen, Tausch hatte gar keinen Grund, dem Kommissar Bösel feindlich zu sein, er war kein Konkurrent von ihm. Wenn Tausch wirklich den Artikel wegen der Anarchistenrichelei in die Presse lancirt haben sollte, so hat er wohl nur das Bestreben gehabt, das Publikum zu beruhigen. Das ist auch die Ansicht des Herrn Bösel.

Zeuge Kriminalkommissar Dr. Henninger kann auch nichts angeben, was auf persönliche Eitelkeit und Strebertum des Herrn von Tausch deutet, im Gegenteil, er habe ihn, den jüngeren Kommissar, immer unterstützt. Er habe ihm auch gesagt, er möchte sich am liebsten nach Bayern zurückziehen und dort von seiner Pension leben. Geh. Oberkulturrath Wulsten soll ansagen, ob er Herrn v. Tausch so genau kenne, um ein Urtheil über seinen Charakter abgeben zu können. Zeuge: Ich kenne ihn nur oberflächlich, wir sind mit ihm am Kneipisch zusammengekommen. Ich hätte nicht mit ihm verkehrt, wenn ich nicht geglaubt hätte, er paßt zu unserer Gesellschaft. Er war sehr diskret in amtlichen Dingen, ich hielt ihn für einen durchaus ehrenhaften Menschen. Mir ist nichts Ungünstiges bekannt geworden. Prahlerei und Selbstgefälligkeit waren nicht seine Sache. N. A. Sello: Ist in Ihrem Kreise die Wahrheitsliebe des Herrn Tausch jemals angeweifelt worden? Zeuge: Daß ich nicht wüßte. N. A. Sello: Hat er viel von Politik gesprochen? Zeuge: In unserem Kreise ist nicht viel von Politik gesprochen worden. Mehrere untergeordnete Polizeibeamte bekunden, daß Tausch sie stets zu wahrheitsgetreuen Berichten angehalten habe. N. A. Schwandt fragt den Zeugen Wachtmeister Wölter, ob er nicht von Tausch die Mittheilung erhalten habe, Journalisten, die von Tausch Neuigkeiten erfahren wollten, abzuweisen. Der Zeuge bestätigt das. Entweder habe Tausch vorgespiegelt, er sei nicht da, oder er habe ihm, dem Zeugen, gesagt, er solle ihn bald abrufen, damit er den Journalisten hinauskomplimentiren könne. (Heiterkeit.) (Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Apenrade. In welchem Maße der Aberglaube noch heute in gewissen Gegenden Nordschleswigs grassirt, darüber macht „Freia“ anlässlich des Brandes im Thystruper Pastorat interessante Mittheilungen. Dem abgebrannten Wohnhause gegenüber liegt eine alte, aus

kästigt. Mit dem Sanguinismus der Jugend hatte er sich indeß in seine neue Lage gefunden; ja, es gewährte ihm eine Art freudiger Genugthuung, daß er dem Opfer, das ihm Valerie mit ihrer Liebe gebracht, nun auch seinerseits eines entgegensetzen könne; jetzt glaubte er erst ihrer völlig würdig zu sein, und wie sollte ihm jetzt das Lernen leicht werden, da er all' der drückenden Sorgen für immer entbunden war.

Professor Schwarz hatte indeß seine Zeit nicht verloren; er konstruirte eigene Apparate, ähnlich denen, die man überall zur mikroskopischen Analyse der in der Luft schwebenden Staubtheile anwendet, damit konnte er nur die Anwesenheit von Pilzsporen konstatiren. Hierauf suchte er das krankmachende Element. Er legte eine Reimsfalte dieser winzigen Pilze an und verpflanzte diese hierauf in Stefans Zimmer. Die Apparate zeigten indeß nur geringe Mengen von umherfliegenden Sporen und in Stefans Befinden zeigte sich keine Veränderung.

Schwarz schien dies erste Mißlingen aufzuregen; er sprach nichts, aber er sann und grübelte. Bald schritt er zu neuen Versuchen.

Ein anderer Gelehrter hatte sich dahin ausgesprochen, daß das Wechselieber durch eine Alge, eine winzig kleine zellige Pflanze erzeugt wird, die unter dem Namen Palmella bekannt ist und die in schleimiger, hautartiger Ausbreitung sich über Tümpeln und Sümpfen bildet. Die außerordentlich kleinen, aber noch deutlich in ihrer Form erkennbaren Sporen dieser Zellenalge erheben sich mit

Eichenholz gebaute Scheune. An diese Scheune knüpft sich eine Tradition von einer Beschwörung, die sich von Geschlecht zu Geschlecht fortgerbt hat. In der Scheune stand ein Pfahl, welcher die Stelle bezeichnete, wo das Gespenst oder der Geist vor den Worten des Pastors in die Erde sinken mußte. Der Pfahl war im Wege bei der Benutzung der Scheune, aber niemand wagte, ihn fortzunehmen, bis endlich der Sohn des vorigen Pastors den Schritt unternahm. Aber seitdem, so behauptet man, ist es in der Scheune nicht mehr mit rechten Dingen zugegangen. Das Geschirr der Pferde darf dort nicht hängen, und in der Zeit des Spuks geht ein großer Hund mit glühenden Augen in der Scheune umher; ja, er ist auch außerhalb derselben gesehen worden. Wir (der Berichterstatter) trafen an Ort und Stelle ein Mitglied der Brandwache, und als ein klagendes Geheul von dem großen Hunde des Pastors ertönte, der in dem Hof herumlief, lenkte der Mann das Gespräch darauf hin, daß man in der letzten Nacht „den Hund“ gesehen habe. Ein lustiges Mitglied der Brandwache hätte große Worte im Mund geführt, daß er „den Hund“ in die Flucht jagen wollte, aber er war nur bis zum Scheunenthore gekommen, da verstümmte seine Lustigkeit. Der Knecht des Pastors kam nun auch herbei und mit feierlicher Miene bestätigte er, daß er „den Hund“ mehrere Mal gesehen habe. Vor einiger Zeit sei er zur Nachtzeit mit dem Pastor nach Hause gefahren. Aber am Eingang zum Hofe blieben plötzlich die Pferde stehen. Der Pastor fragte, was denn los sei, und der Knecht antwortete, daß „der Hund“ sich gezeigt habe und sofort konnten die Pferde kommen. Denn, so versicherte der Knecht, wenn man „von dem Hund“ spricht, so verschwindet er. Wir fragten ihn nach dem Aussehen des Hundes und erhielten eine sehr detaillierte Beschreibung. Wir versuchten den Knecht und die Uebrigen darüber aufzuklären, daß die Erscheinung doch nur die Ausgeburt einer geängstigten Einbildungskraft sei, aber vergebens, ihr Aberglaube ließ sich nicht wankend machen. „Auch der Hoshund fürchtet sich vor der Erscheinung“, fuhr der Knecht fort. „Ich hatte ihn einige Nächte hindurch in der Scheune angebanden. Aber er stand während der ganzen Zeit außerhalb seines Loches und heulte, während er in die Scheune hineinsah. Er kam dann nach dem Stall und seitdem ist nichts mehr im Wege.“

Einem Soldaten-Selbstmord in Folge von Mißhandlung hatte Genosse Bebel in der Reichstagsitzung vom 15. Februar d. J. vorgebracht. Der Bruder des in den Tod getriebenen Soldaten, Herr Franz Marzillier, wandte sich an das Generalkommando, um von dort die Gründe zu erfahren, die seinen Bruder zum Selbstmord geführt haben. Hierauf erhielt er dann ein Schreiben, unterzeichnet: Graf v. Finkensten, in dem es heißt:

„Die Kompagnie hat auch als Grund für den wohl zweifellosen Selbstmord keine thatsächlich bestehende Geistesföhrung angenommen, sondern nur in Ermangelung aller anderen Gründe die Vermuthung eines Anfalles von Geistesgefföhrtheit (momentane Geistesföhrung) ausgesprochen. Und diese Vermuthung muß auch ansewelisch der geföhrten gerichtlichen (militärgerichtlichen. D. R.) Untersuchung bestehen bleiben, da gar keine Gründe, insbesondere nicht Mißhandlungen oder anderweitige schlechte Behandlung Seitens der Vorgesetzten oder Kameraden festgestellt werden konnten.“

Herr Marzillier beruhigte sich aber nicht bei diesem Bescheid, er setzte seine Untersuchungen fort und erlangte von einigen mittlerweile aus dem Militärdienst entlassenen Kameraden des Selbstkenteilten Briefe, aus denen zweifellos hervorging, daß sein Bruder nur in Folge von Mißhandlungen durch den Unteroffizier Hungs in den Tod getrieben wurde. Bebel brachte diese Briefe mit den sonstigen Vorgängen im Reichstage zur Sprache, zwang dadurch die Vertreter der Militärverwaltung zur nochmaligen Untersuchung, deren Endresultat folgendes Schreiben wiedergiebt:

den Nebeln und Dünsten des Abends durch die von dem Moder aufsteigenden Luftströmungen, vertheilen sich in den über dem Sumpfe schwebenden Nebeln bis zu einer gewissen Höhe und sinken am Morgen wieder zu Boden. Schwarz verschaffte sich zwei Ristchen voll Palmella, deren Vegetation sorgfältig unterhalten wurde, und er begann nun mit diesem neuen Infektionsmittel direkte Versuche anzustellen. Die Ristchen wurden in das Fenster von Stefans Stube gestellt und dieses angehoben, sodas auch während der Nacht die Luft frei aus- und einströmen konnte.

Die Apparate zeigten am Morgen zahlreiche, in dem Zimmer umherfliegende Sporen an. Der Professor war sehr befriedigt, er kam häufig in Stefans Zimmer und beobachtete sein Aussehen, er kam ihm noch blasser vor als gewöhnlich. Obwohl er sich nicht beklagte, zeigte sein Puls eine kaum merkliche Steigerung. Freilich, das konnte auch von der Erregung herröhren, die den jungen Mann bei diesen Experimenten unwillkürlich überkommen mußte. Stefans Phantasie übertrieb wohl die unheimlichen, bisher noch unbekanntem Einwirkungen auf seinen Körper.

Stefan schlief sechs Nächte in diesem Zimmer. Er klagte endlich über Kopfschmerzen und begann im Verlaufe des siebenten Tages sich ernstlich unwohl zu fühlen; am achten Tage hatte er einen wohl charakterisirten Anfall von Wechselieber. Schwarz war auf dem Gipfel seiner Erwartungen; seine Augen leuchteten in stolzer

Genugthuung. Die sonst so streng geschlossenen Lippen waren halb geöffnet und ließen die weißen Zähne sehen; es lag etwas Tigerhaftes in seiner Freude. Stefan versuchte zu lernen, es ging nicht. Das Fieber steigerte sich; er fühlte sich bald sehr ermattet, die Glieder wurden ihm schwer, Frost schüttelte ihn; er mußte auf Anrathen des Professors zu Bett gehen.

Die Palmellen wurden hierauf entfernt, das Zimmer desinfizirt und Stefan etwas Chinin eingegeben. Es wurde sofort besser mit ihm, er konnte schon am nächsten Tage das Bett wieder verlassen, und nach einigen Tagen fand Schwarz, daß er vollständig geheilt sei. Er konnte wieder seinen gewohnten Beschäftigungen obliegen, aber eine gewisse Anlust war ihm geblieben und auch Appetit stellte sich nicht wieder ein, er vermochte fast nicht zu essen und fand, daß ihn das Experiment einigermaßen angegriffen hatte. Schwarz hingegen war von der raschen Heilung nicht befriedigt; sie hatte ihn stüzig gemacht. Waren die Sporen auch wirklich in den Körper und/in das Blut gelangt? Waren die Sporen allein das ursächliche Moment der Erkrankung gewesen oder hatte die erregte Einbildungskraft des Jünglings hingereicht, um diese Symptome der Krankheit hervorzubringen? Der Versuch schien ihm, seinem eigenen Bedenken gegenüber, nicht zu genügen, er konnte vor einer wissenschaftlichen Kritik nicht sichhaltig sein. Er sollte erneuert werden, genau mit denselben Mitteln, unter etwas veränderten Umständen. (Fortsetzung folgt.)